

Burundi: Politischer Prozess oder Gerechtigkeit?

Das oberste Gericht Burundis verurteilte den ehemaligen Präsident Pierre Buyoya wegen "eines Angriffs auf das Staatsoberhaupt" zu einer lebenslangen Haftstrafe. Buyoya, ein Tutsi, kam 1987 durch einen Staatsstreich an die Macht. 1993 verlor er die demokratischen Wahlen gegen Ndadaye, ein Hutu; dieser wurde nach 4 Monaten von Tutsi-Soldaten getötet. Seine Ermordung stürzte die Nation in einen jahrelangen Bürgerkrieg zwischen der Mehrheit der Hutu und der Minderheit der Tutsi. Buyoya hat das Urteil als „Betrug“ abgelehnt. "Dieser Fall ist ein rein politischer Prozess", sagte er und deutete damit an, dass die gegenwärtige Regierung Burundis ihn für Wahlkampfzwecke ausnutzt. 22.10.2020

Mosambik: Angriff in Tansania von Mosambik aus

Kämpfer des islamischen Staates, haben von Mosambik aus das Dorf Kitaya in Tansania angegriffen. Sie kamen über den Grenzfluss Rovuma, rissen Häuser nieder, enthaupteten angeblich 20 Menschen, zerstörten ein gepanzertes Fahrzeug und stahlen Bargeld und militärische Ausrüstung. Das Terrornetzwerk, "Islamischer Staat", bekannte sich zu dem Anschlag. Laut UNO Angaben sind aufgrund des Konflikts in Cabo Delgado mindestens 300.000 Menschen vertrieben und fast 2.000 Menschen getötet worden. 22.10.2020

Humanitäre Unterstützung in Milliardenhöhe

Die Konflikte zwischen bewaffneten Gruppen im Grenzgebiet von Burkina Faso, Mali und Niger führen zu einer der schlimmsten humanitären Krisen weltweit. Fast 1,6 Mill. Menschen sind aus dem Gebiet vertrieben worden. Die Region ist ein Nest für Extremisten, Terroristen und Kriminelle, die Europa und den Rest der Welt bedrohen. 20 Länder haben sich auf einer Geberkonferenz zu Zahlungen verpflichtet. Deutschland stellt 100 Mill.€ und Dänemark 150 Mill. € für die Jahre 2020 bis 2022 zur Verfügung. Damit soll gegen die Krise, ihre Folgen und Bedrohungen angegangen werden. 21.10.2020

Afrika: Frauenpower

Jede 4. Unternehmensgründung in Afrika wird von einer Frau geleitet. Der Kontinent hat die weltweit höchste Rate weiblicher Unternehmer. Wie in der Vergangenheit, sind auch heute noch Frauen Hauptakteure in der Landwirtschaft, verantwortlich für 80% der Nahrung für ihre Familien. Sie werden als zuverlässiger, produktiver und weniger korrupt eingeschätzt. Deshalb und weil sie kaum Zugang zu Finanzmärkten haben, empfangen sie öfter Mini-Kredite. Die Senegalesin Fatourmata Ba, Gründerin der Start-up Firma Janngo, fordert mehr Risikokapital für Frauen. 21.10.2020

Botswana: Frauen werden Landeigentümerinnen

Eine Änderung eines botswanischen Landgesetzes ermöglicht es Frauen, gleichberechtigt neben ihrem Ehemann Land zu besitzen. Vor seiner Änderung hatte die Landpolitik 2015 Ehefrauen davon abgehalten, Land zu besitzen, wenn ihre Ehemänner bereits welches besaßen. Das überarbeitete Gesetz gibt jedem das gleiche Anrecht auf ein Wohngrundstück an einem Ort seiner Wahl, sowohl auf Staats- als auch auf Stammesland. Die neue Politik schützt auch Witwen

und Waisen, die einen Haushalt führen. Nach einer Regierungsprüfung sind 53% Frauen von 620.660 Personen auf der Warteliste der Regierung für die Landzuweisung. Die durchschnittliche Wartezeit für Land liege zwischen 10 und 30 Jahren. 21.10.2020

Mauritius: Eigennutz gegen Internationales Recht

Der Premierminister P. Jugnauth hat die Briten und Amerikaner wegen ihres Verhaltens gegenüber den Chagos-Inseln als "Heuchler" und "Verfechter der Doppelzüngigkeit" bezeichnet. Die Chagos-Inseln liegen zwischen Madagaskar, Sri Lanka und Indonesien und sind bis heute britische Kolonie. Als die Briten Mauritius 1968 in die Unabhängigkeit entließen, spalteten sie zuvor die Chagos-Inseln administrativ ab. Fast 2000 Bewohner wurden umgesiedelt. Auf der Hauptinsel Diego Garcia errichteten sie eine Militärbasis, die bis 2036 an die USA verpachtet ist. 2019 stimmte die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit für die Rückgabe der Chagos-Inseln-116 Staaten stimmten dafür, 6 dagegen. Das UK erklärt jedoch, den Souveränitätsanspruch von Mauritius nicht anzuerkennen. 20.10.2020

Simbabwe: Kein Geld – kein Leitungswasser

Harare steht vor ernsthaften Wasserproblemen. Im vergangenen Monat konnten täglich durchschnittlich nur 319 Megaliter gepumpt werden, bei einem Bedarf von 800 Megalitern. Die wichtigste Kläranlage, Morton Jaffray, musste abgeschaltet werden, denn die Chemikalien zur Wasseraufbereitung waren ausgegangen. Die Gründe für das Problem sind: hohe Kosten für Wasseraufbereitungschemikalien, ein unhaltbares Tarifsystem und eine enorme Verschuldung (über 350 Millionen Dollar) gegenüber Lieferanten von Wasseraufbereitungschemikalien. Die Stadtverwaltung ist hoch verschuldet, obwohl sie Rettungspakete von der Regierung erhalten hat. 19.10.2020

Namibia: Fracking Lizenz im Naturschutzgebiet

ReconAfrica, eine kanadische Öl- und Frackingfirma, hat die Lizenz erhalten, im gesamten Kavongo-Gebiet auf 25.341,33 km² nach Öl- und Gasvorkommen zu suchen. In 9 km Tiefe vermutet man wertvolle maritime Mineralien und Gesteine. Die Bohrungen sollen im Dezember beginnen, und ReconAfrica darf bis 2026 bohren. Finden sich Ölvorkommen, gilt die Lizenz für 25 Jahre. Die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) bezeichnet das Vorhaben als „Desaster für die Umwelt“. Das Land ist das zweitgrößte Landschutzgebiet auf der Welt. Bedroht ist die Heimat der San; gefährdet sind auch die afrikanische Tierwelt und die Trinkwasserversorgung. „Der Kavongo-Fluss ist der einzige Wasserlieferant für das Okavangodelta. Er bringt nicht nur Trinkwasser zu den Menschen, sondern sorgt auch dafür, dass sie Nahrung und Arbeit haben. Mit diesem Projekt vergiften wir nicht nur unser eigenes Wasser in Namibia und Botswana – sondern auch das von Menschen in Simbabwe, Sambia und Angola, die kein Fracking betreiben“, sagt Shikngo von FFF. 19.10.2020

Weitere Infos

[Guinea: Unruhige Zeiten für Conde](#)
[Streichung von US- Liste nach Geldüberweisung?](#)
[Afrika: Update - Covid -19](#)

Das Datum bezieht auf den Eintrag der Nachricht auf der NAD Webseite